

Israels Gefängnisse enthüllt: Palästinenser ohne Anklage inhaftiert & gefoltert

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Talia Baroncelli (TB): Hallo, ich bin Talia Baroncelli und Sie sehen theAnalysis.news. Heute spreche ich mit Jenna Abu Hasna von der Organisation Addameer. Wir befassen uns mit der Inhaftierung palästinensischer Gefangener und der unmenschlichen Behandlung, der viele von ihnen in israelischen Gefängnissen ausgesetzt sind.

Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen möchten, besuchen Sie unsere Website theAnalysis.news und spenden Sie in der oberen rechten Ecke des Bildschirms. Vor allem, tragen Sie sich aber in unsere Mailingliste ein. Auf diese Weise können alle unsere neuen Inhalte direkt an Ihren Posteingang gesendet werden. Sie können unseren YouTube-Kanal liken und abonnieren und die Glocke aktivieren, um alle unsere Benachrichtigungen zu erhalten, oder uns über Podcast-Streaming-Dienste wie Apple oder Spotify anhören. Bleiben Sie dran für Jenna.

Ich freue mich sehr, dass Jenna Abu Hasna bei mir ist. Sie ist internationale Advocacy Officer der NGO Addameer mit Sitz in Ramallah im Westjordanland, die sich für die Rechte palästinensischer Gefangener einsetzt. Vielen Dank, dass Sie heute bei mir sind, Jenna.

Jenna Abu Hasna (JAH): Vielen Dank, Talia. Danke für die Einladung.

TB: Jenna, es ist wirklich toll, mit Ihnen das unglaublich wichtige Problem der Masseninhaftierung und Internierung von Palästinensern in Israel, sowohl in den besetzten Gebieten als auch in ganz Israel, gemeinsam besprechen zu können. Dieses Thema erhält nicht die Aufmerksamkeit, die es verdient, insbesondere die Verwaltungshaft von Palästinensern und die Frage, wie Israel Inhaftierungen und Gefängnisstrafen als Mittel zur Förderung der Besatzung einsetzt. Aber bevor wir darauf eingehen, können Sie uns erklären, welche Arbeit Ihre Organisation Addameer für palästinensische Gefangene leistet?

JAH: Addameer ist eine gemeinnützige Organisation. Wir setzen uns für kostenlose Rechtshilfe für palästinensische Häftlinge ein, die von der Besatzungsmacht inhaftiert

wurden. Wir vertreten sie vor Militärgerichten und können auch Zeugenaussagen von Anwälten sammeln, die die Häftlinge in den Gefängnissen der Besatzungsmacht besuchen dürfen.

In diesen Zeugenaussagen berichten die Häftlinge über ihre Haftbedingungen und die Verstöße, die gegen sie begangen werden. Wir verwenden diese Aussagen aus vielen verschiedenen Gründen oder für viele verschiedene Zwecke, z. B. für internationale Angaben, die an viele verschiedene internationale Stellen gesendet werden können, wie die UN, an den UN-Sonderberichterstatter oder auch an internationale Gerichte, denn es ist sehr wichtig, die Schilderungen der palästinensischen Häftlinge zu verbreiten, die aufgrund der Massenfolterungen in den Gefängnissen und anderer Menschenrechtsverletzungen, die gegen sie begangen werden, unter der Besatzung inhaftiert sind. Außerdem können wir durch die Nutzung und Sammlung von Zeugenaussagen der Häftlinge, die über diese Bedingungen sprechen, unsere Lobbyarbeit durchführen, in der wir die Situation der Häftlinge ans Licht bringen, denn wie Sie sagten, wird über die palästinensischen Häftlinge in der internationalen Gemeinschaft nicht viel gesprochen, da der Fokus vor allem auf die direkte Auswirkung der Besatzung auf Palästinenser abzielt, daher auf direkte Tötungen und andere brutale Verstöße, die bei vielen verschiedenen Razzien in Häusern und Dörfern begangen werden.

Bei all diesen Razzien kommt es jedoch auch zu Massenverhaftungskampagnen, bei denen die Besatzungsmacht jeden Tag eine Vielzahl von Palästinensern festnimmt. Die Zahl der Inhaftierten ändert sich fast täglich aufgrund der Massenverhaftungskampagnen, die die Besatzungsmacht seit der Gründung des Besatzungsstaates durchführt, insbesondere nach dem 7. Oktober 2023, mit der Eskalation der Verhaftungen und der Gewalt, die bei diesen Verhaftungen verübt wird.

TB: Können Sie uns einen Eindruck davon vermitteln, wie weit verbreitet diese Verhaftungen sind? Ich weiß, dass das israelische Militär seit dem 7. Oktober 2023 zahlreiche Massenverhaftungskampagnen durchgeführt hat und über 10.000 Palästinenser verhaftet wurden. Ich glaube nicht, dass alle tatsächlich im Gefängnis festgehalten wurden, aber viele von ihnen. Tausende von ihnen, ich glaube, mindestens über 5.000. Können Sie uns eine Vorstellung von der Größenordnung vermitteln und auch davon, welche Art von Menschen bei diesen Massenverhaftungen inhaftiert werden?

JAH: Vor dem 7. Oktober belief sich die Zahl der Inhaftierten auf fast 5.000. Von diesen 5.000 waren etwas mehr als 1.000 Verwaltungshäftlinge. Nach dem 7. Oktober stieg die Zahl jedoch aufgrund der Verhaftungskampagnen, die von der Besatzungsmacht in fast jeder einzelnen Stadt in den besetzten Gebieten durchgeführt wurden, auf 10.400 Häftlinge an. Wir hatten vor den ersten Gefangenenaustauschabkommen, die am 19. Januar dieses Jahres, 2025, stattfanden, eine Gesamtzahl von 10.400 Häftlingen. 10.400 Häftlinge. Von diesen 10.400 befanden sich fast 4.000 in Verwaltungshaft. Die Zahl hat sich fast verdreifacht: von 5.000 vor dem 7. Oktober auf fast 11.000 in diesem Jahr. Seit dem 7. Oktober sind es fast 13.000 oder mehr Palästinenser, die verhaftet wurden. Von diesen 13.000 wurden, wie Sie sagten, nicht alle vollständig inhaftiert, sondern zum Verhör vor Ort gebracht und anschließend auch in Gefängnissen vernommen und später wieder freigelassen. 10.400 ist aber die Zahl, über die

wir vor dem ersten Austauschabkommen am 19. Januar gesprochen haben. Jeder Gefangene hat einen anderen rechtlichen Hintergrund und unterschiedliche Gründe, warum die Besatzungsmacht sie ins Visier nimmt und festnimmt.

Wie Sie sagten, befinden sich fast 4.000 von ihnen in Verwaltungshaft. Verwaltungshaft ist eine Maßnahme, die es der Besatzungsmacht erlaubt, jeden Palästinenser, unabhängig von Alter oder Geschlecht, ohne Anklage oder Beweise festzunehmen. Die Besatzungsmacht gibt an, Beweise gegen den Inhaftierten zu haben, aus denen hervorgeht, dass der Betroffene eine Bedrohung für die Sicherheit des Besatzungsstaates darstellt. Allerdings befinden sich auch Kinder im Alter von 14 Jahren in Verwaltungshaft. Auch ältere Menschen sind in Verwaltungshaft und können dort festgehalten werden. Die Haft kann für drei bis sechs Monate angeordnet werden und dann auf unbestimmte Zeit verlängert werden. Diese Anordnung wird auf der Grundlage einer Akte erneuert, auf die weder Anwalt noch Häftling Zugriff haben. Nur der israelische Richter und der Staatsanwalt in diesen ungerechten Militärgerichten können auf diese angeblich vorhandene geheime Akte zugreifen. Letztendlich bedeutet dies, dass Tausende Palästinenser von der Besatzungsmacht ohne jeden Grund eingesperrt werden.

Dann gibt es auch noch Häftlinge, die aus anderen Gründen inhaftiert sind, z. B. weil die Besatzungsmacht ihnen Anstiftung zur Gewalt vorwirft. Jede Form von Widerstand, die von Palästinensern ausgeübt wird, was letztlich nur ihr Recht auf Selbstbestimmung ist, wird von der Besatzungsmacht als gewalttätiger Widerstand angesehen. Die Teilnahme an einer friedlichen Protestkundgebung, das Teilen von Inhalten in den sozialen Medien, das Liken eines Beitrags in den sozialen Medien und die Sensibilisierung für die in Palästina begangenen Verstöße kann dazu führen, dass die Besatzungsmacht behauptet, man würde zu Gewalt anstiften, wofür man dann für Monate oder manchmal sogar Jahre inhaftiert werden kann. Jeder Fall ist anders. Da die Militärgerichte auf vielen Verstößen gegen das Völkerrecht und im Grunde nur auf unfairen Rechtsgarantien basieren, ist jeder Fall anders. Man kann aus demselben Grund wie ein anderer Häftling inhaftiert werden, aber zu einer höheren oder niedrigeren Strafe verurteilt werden. Jede Handlung, die während der Haftzeit begangen wird, kann zu den Monaten oder Jahren der Haftzeit hinzukommen.

Wir hatten einen Fall, in dem sich ein Häftling vor einem Militärgericht weigerte, vor dem Richter zu sitzen oder zu stehen; er wurde zu fünf Jahren zusätzlicher Haftstrafe verurteilt. Er war ursprünglich wegen einer anderen Angelegenheit verhaftet worden, für die er nur ein paar Monate im Gefängnis hätte bleiben müssen, doch am Ende saß er dann jahrelang im Gefängnis, nur weil er sich vor einem israelischen Richter eines Militärgerichts geweigert hatte, aufzustehen. Jede Handlung, die gegen die Besatzung gerichtet ist, kann zu einer ungerechten Verurteilung führen. Auch Kinder sind betroffen. Eine häufige Anklage gegen Kinder ist die Anklage wegen Steinwurfs, die dazu führen kann, dass Kinder im Alter von nur 14 Jahren zu jahrelangen Gefängnisstrafen verurteilt werden. Dabei handelt es sich um Kinder, die festgenommen werden, weil sie Steine auf einen Militärjeep geworfen haben, obwohl dieser in keiner Weise beschädigt wurde. Wenn dieses Kind jedoch gefasst wird, wird es inhaftiert und zu einer sehr langen Haftstrafe verurteilt. Es gibt einfach so viele

verschiedene Anklagepunkte, mit denen jeder Palästinenser angeklagt und ins Gefängnis gebracht werden kann.

TB: Sie sagen, dass viele Menschen bei ihrer Verhaftung keinen Zugang zu Rechtsmitteln oder einem fairen Verfahren haben, aber Sie sagen auch, dass es oft keinen echten Aufklärungsprozess gibt, also keine Weitergabe von Beweismitteln, sodass ihre Anwälte nichts zur Verbesserung der Haftbedingungen unternehmen oder sie aus dem Gefängnis holen können. Würden Sie sagen, dass diese Taktik häufiger angewendet wurde, insbesondere in den letzten zehn Jahren? Hat die Inhaftierung von Menschen in Verwaltungshaft zugenommen? Oder handelt es sich hierbei eher um eine seit langem etablierte Praxis?

JAH: Es handelt sich definitiv um eine seit langem etablierte Praxis der Besatzung. Die Besatzung übernahm diese Form der Verwaltungshaft vom britischen Mandat aus der Zeit, als der Besatzungsstaat gegründet wurde. Verwaltungshaft ist nach internationalem Recht zulässig, allerdings nur aus dringenden Gründen. Die Besatzungsmacht behauptet jedoch, dass jeder einzelne Verwaltungshäftling aus dringenden Gründen in Verwaltungshaft genommen wird. Aber wie gesagt, sowohl Kinder im Alter von 14 Jahren als auch ältere Menschen werden in Verwaltungshaft genommen. Aber es ist wahr, obwohl dies natürlich auch etwas ist, das seit vielen Jahren von der Besatzungsmacht genutzt wird, dass bei jedem Aufstand, der als eine Form der kollektiven Bestrafung stattfindet, es zu einer Eskalation und zu einer Zunahme der Inhaftierungen und Verwaltungshaft kommt, insbesondere weil dies nur eine weitere Taktik der Besatzung ist, um die Palästinenser zu unterdrücken und sie kollektiv zu bestrafen.

TB: Mir ist bekannt, dass es am 7. Juni 1967 mehrere militärische Anordnungen gab, die vom israelischen Militär erlassen wurden. Das ist die Grundlage, auf der die Militärherrschaft in den besetzten Gebieten errichtet wurde, wobei sie als Grundlage für viele dieser Praktiken dient, die darauf abzielen, Palästinenser ohne Angabe von Gründen zu verhaften, ohne Anklage zu erheben und sie dann so lange festzuhalten. Könnten Sie etwas näher auf die Militärherrschaft und die Anweisungen eingehen, die damals galten und die leider immer noch in Kraft sind?

JAH: Militärische Anordnungen werden jeden Tag angenommen und angepasst. Es gibt immer neue Ergänzungen zu den militärischen Regeln, sowie Änderungen an früheren militärischen Anordnungen und Regeln. Das liegt daran, dass die Besatzung ungestraft und ohne zur Rechenschaft gezogen zu werden fortgesetzt wurde und kein internationales Organ gekommen ist, um die von der Besatzung begangenen Verstöße zu intervenieren. Der Besatzungsstaat hat unzählige Male sogar gegen seine eigenen Regeln verstoßen und er verstößt weiterhin gegen seine eigenen Gesetze, wenn er sie zu seinem Vorteil gegen die Palästinenser einsetzt.

Vor allem nach dem 7. Oktober gab es monatlich neue militärische Anordnungen und Vorschriften. Nach dem 7. Oktober wurden Notstandsverordnungen erlassen, da der Besatzerstaat den Notstand ausrief. Dadurch konnten viele der Gesetze in Bezug auf Häftlinge geändert werden, insbesondere für Häftlinge aus Gaza. Diese Vorschriften

ermöglichten es der Besatzungsmacht, ein Besuchsverbot für Anwälte zu verlängern und die Zeitspanne zu verlängern, ab der ein Häftling zunächst inhaftiert und dann vor Gericht gestellt und von einem Richter angehört wird. Den Tausenden von Gefangenen aus Gaza wurden nach Beginn des Völkermords sechs Monate lang jegliche Besuche von Anwälten untersagt. Von da an wurden nur noch selten Gefangene vor ein Militärgericht gestellt. Wenn doch, dann per Videoanruf. Die Gerichtssitzung dauerte zwei Minuten, in denen der israelische Richter sagte, dass man sie nach dem Gesetz über rechtswidrige Kämpfer festhalte. Viele dieser Vorschriften fielen unter das Gesetz über ungesetzliche Kämpfer. Dieses Gesetz wurde erstmals 2002 erlassen. Aber als sich der Besatzerstaat 2005 aus dem Gazastreifen zurückzog, wurde es nicht mehr angewendet. Nach dem 7. Oktober trat es jedoch wieder in Kraft. Demnach werde man nach dem Gesetz über rechtswidrige Kämpfer bis auf Weiteres ohne Grund und jegliche Beweise festgehalten, wodurch das Gesetz über illegale Kämpfer einer Anordnung zur Verwaltungshaft ähnelt, da die Inhaftierten bis auf Weiteres ohne Beweise festgehalten werden, bis der Besatzungsstaat über ihre Freilassung entscheidet.

TB: Wird das jemals rückgängig gemacht? Wenn sie keine Beweise dafür haben, dass ein Häftling ein rechtswidriger Kombattant ist, machen sie das dann jemals rückgängig oder gehen sie einfach weiterhin zu Unrecht davon aus, dass die Person ein rechtswidriger Kombattant ist?

JAH: Genau. Wie Sie schon sagten, wird der Häftling einfach so lange festgehalten, bis man entscheidet, ihn entweder freizulassen oder, wie wir es jetzt sehen, im Rahmen der stattfindenden Gefangenenaustauschabkommen freizulassen, möglicherweise während des Gefangenenaustauschs.

TB: Mittlerweile wird die Besatzung von der internationalen Gemeinschaft stärker als solche anerkannt. Der Internationale Gerichtshof hat im Juli ein Gutachten veröffentlicht, in dem er feststellt, dass die Besetzung des Westjordanlands und des Gazastreifens durch Israel in Ostjerusalem im Wesentlichen eine Annexion darstellt oder eine solche begründet. Es handelt sich nicht nur um eine vorübergehende Initiative. Sie dauert schon so lange an und weist im Wesentlichen alle Merkmale von Besatzung und Apartheid auf. Wie wirkt sich das auf die Arbeit Ihrer Organisation aus? Würden Sie sagen, dass dies in irgendeiner Weise geholfen hat, oder ist es zum jetzigen Zeitpunkt schwer zu sagen?

JAH: Leider hat das Urteil des Internationalen Gerichtshofs vom Juli noch nicht viel bewirkt. Das liegt wiederum daran, dass die Besatzung weiterhin ohne Einmischung der internationalen Gemeinschaft gegen das Völkerrecht verstoßen darf und diese Gesetze weiterhin ungestraft und ohne jegliche Rechenschaftspflicht verletzt. Das Gutachten selbst ist jedoch ein sehr wichtiger Schritt, insbesondere wenn es um die Situation oder um die Angelegenheit der palästinensischen Gefangenen geht, denn fast jedes einzelne Gefängnis verstößt aus vielen verschiedenen Gründen gegen das Völkerrecht, insbesondere aber aufgrund seiner geografischen Lage. Es gibt nur ein Gefängnis im Westjordanland, das Ofer-Gefängnis. Dies ist das einzige Gefängnis, das nicht gegen die geografische Lage verstößt, da es sich hier im Westjordanland im [unverständlich 00:17:17] befindet. Die

anderen Gefängnisse befinden sich jedoch in Gebieten, zu denen Palästinenser keinen Zugang haben. Die Häftlinge werden in Gebiete gebracht, zu denen sie normalerweise überhaupt keinen Zugang hätten, da sie unter der Kontrolle des Besatzungsstaates stehen.

Die Familienangehörigen hatten vor dem 7. Oktober Zugang zu ihnen, da es Familienbesuche gab, die jedoch nach dem 7. Oktober vollständig eingestellt wurden. Sie bräuchten Sondergenehmigungen, um Zugang zu diesen Gefängnissen zu erhalten und ihre Angehörigen zu besuchen. Diese Sondergenehmigungen werden ihnen jedoch nur selten erteilt, sodass sie ihre Angehörigen nicht besuchen können und sie Monate und Jahre ohne Besuch verbringen. Dies gilt auch für Anwälte. Um Besuche von Anwälten zu ermöglichen, werden diese Sondergenehmigungen benötigt. Wenn ein Anwalt keine israelische Staatsbürgerschaft besitzt, also Palästinenser ist und keine israelische Staatsbürgerschaft besitzt und aus dem Westjordanland stammt, hat er keinen Zugang zu diesen Gefängnissen und keinen Zugang zu seinen Mandanten, den Häftlingen, sodass er sie nicht besuchen kann. Es wäre sehr schwierig, insbesondere bei Gerichtssitzungen. Sie hätten absolut keine Zeit, mit den Häftlingen zu sprechen und sich zu treffen. Deshalb ist das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs sehr wichtig und muss vollständig umgesetzt werden, da dies zur vollständigen Auflösung der Gefängnisse und zur Abschaffung und Nutzung von Militärgerichten führen würde.

TB: Sie beziehen sich auf die Haftanstalt Ofer, die sich ebenfalls im Westjordanland befindet. Ich frage mich, ob die militärischen Regeln und Gesetze, die für palästinensische Gefangene und Häftlinge in Ofer gelten, dieselben sind wie die, die für palästinensische Häftlinge in israelischen Gefängnissen gelten, oder gibt es da einen Unterschied?

JAH: Nein. Das Gefängnis Ofer funktioniert wie alle anderen Gefängnisse, in die palästinensische Häftlinge gebracht werden. Der einzige Unterschied besteht darin, dass Familienangehörige und Anwälte, die Besuche abstatten möchten, leichteren Zugang haben. Das Haupttribunal der Militärgerichte befindet sich ebenfalls in Ofer – das Militärgericht Ofer. In allen Gefängnissen kommt es jedoch zu denselben Verstößen, Folterungen, Misshandlungen der Häftlinge, denselben Verstößen gegen die Vorschriften, derselben Hungerpolitik und derselben medizinischen Vernachlässigung, die auch in allen Gefängnissen gegen palästinensische Häftlinge verübt werden.

TB: Wir befinden uns derzeit in Phase 1 des Waffenstillstandsabkommens, das am 19. Januar in Kraft getreten ist. In Phase 1 sollen 1900 palästinensische Gefangene und Häftlinge gegen 33 israelische Gefangene oder Geiseln ausgetauscht werden. Bisher wurden mehr als 500 palästinensische Gefangene und Häftlinge freigelassen. Können Sie uns einen Eindruck davon vermitteln, wer einige dieser Häftlinge und Gefangenen sind? Ich weiß, dass einige von ihnen Verbrechen begangen haben und ziemlich bekannt sind, während andere überhaupt nicht angeklagt wurden und noch Kinder sind. Können Sie uns erklären, wer bisher freigelassen wurde?

JAH: Wir haben palästinensische Häftlinge, wiederum mit vielen verschiedenen rechtlichen Hintergründen und unterschiedlichen Alters und Hintergründen im Allgemeinen. Die erste

Gruppe bestand hauptsächlich aus Frauen und Kindern. Es handelte sich um Frauen und Kinder, die entweder in Verwaltungshaft gehalten wurden oder von der Besatzungsmacht zu langen Haftstrafen verurteilt wurden. Unter ihnen befanden sich sehr wichtige Persönlichkeiten wie Khalida Jarrar, die für viele Palästinenser und auch für die Gefangenen selbst eine sehr wichtige politische Persönlichkeit ist. Die folgenden Gruppen umfassten hauptsächlich Männer und Kinder, ebenfalls aus unterschiedlichen rechtlichen Hintergründen, entweder aus Verwaltungshaft oder es waren Gefangene, die seit über 40 Jahren zu Unrecht im Gefängnis sitzen und nur deshalb in Gefängnissen festgehalten wurden, weil sie ihr Recht auf Selbstbestimmung ausübten.

TB: Ihre Organisation wurde vor etwa zwei Jahren vom israelischen Militär als terroristische Organisation eingestuft. Können Sie die Gründe dafür darlegen und sagen welche anderen Organisationen ebenfalls in ähnlicher Weise eingestuft wurden?

JAH: Im Jahr 2022 wurden sechs palästinensische Organisationen vom Besatzungsstaat als terroristische Organisationen eingestuft. Es handelt sich um sechs palästinensische Organisationen, die sich für die Umsetzung und deren Sicherstellung von grundlegenden Menschenrechten und deren Anwendung für Palästinenser einsetzen, damit Palästinenser im Grunde ein Recht auf Leben, auf Wohnen, nach internationalem Recht und Rechte im Allgemeinen haben, selbst unter einer Besatzung. Die Arbeit der sechs Organisationen ist öffentlich. Sie setzen sich nicht nur für die Unterstützung palästinensischer Häftlinge ein, was die Hauptaufgabe von Addameer ist, sondern unterstützen auch die palästinensische Gesellschaft, um die alltäglichen Verstöße zu dokumentieren, die die Besatzung gegen Palästinenser in ihrem Alltag begeht. Diese Arbeit wird von vielen internationalen Gemeinschaften, Partnern und Verbündeten auf der ganzen Welt unterstützt. Viele dieser Organisationen arbeiten auch sehr eng mit den Vereinten Nationen zusammen. Aus diesem Grund konnte die Besatzungsmacht keine Beweise für die Anschuldigungen gegen diese Inhaftierten vorlegen, um die internationale Gemeinschaft davon zu überzeugen, dass es sich bei diesen Organisationen um terroristische Vereinigungen handelt, denn es handelt sich hierbei um Organisationen, die seit über 30 Jahren auf ihrem Gebiet und in ihrem Tätigkeitsbereich aktiv sind. Die Besatzungsmacht konnte keine Beweise vorlegen. Deshalb haben glücklicherweise alle diese Organisationen ihre Arbeit seitdem fortsetzen können. Sie setzten ihre Arbeit am selben Tag fort, an dem ihre Büros durchsucht und sie als terroristische Organisationen eingestuft wurden, was wiederum auf keinerlei Beweisen beruhte. Dies sind natürlich voreingenommene Behauptungen der Besatzungsmacht, um palästinensische Stimmen zum Schweigen zu bringen und auch um sicherzustellen, dass Palästinenser keine Rechte haben und dass sie keine Unterstützung von diesen Organisationen erhalten.

TB: Ich weiß, dass ein Großteil der Arbeit Ihrer Organisation auf Zeugenaussagen basiert. Inwieweit ist sexuelle Gewalt gegen Gefangene und Inhaftierte Ihrer Meinung nach auf diese Zeugenaussagen zurückzuführen? Würden Sie sagen, dass es sich um eine gängige Praxis handelt, die viele Inhaftierte erleben?

JAH: Es gibt viele verschiedene Formen sexueller Gewalt, die in den Gefängnissen ausgeübt oder begangen werden können. Eine der häufigsten ist die exzessive Anwendung von

Leibesvisitationen bei Inhaftierten. Fast jeder einzelne Häftling wird von einem Besatzungsmitglied einer Leibesvisitation unterzogen, sei es bei der ersten Verhaftung in ihren Häusern oder bei der ersten Überführung in die Gefängnisse, wo sie durchsucht, abgefertigt und in eine Zelle geworfen werden. Selbst während des Transports von Zelle zu Zelle, von Gefängnis zu Gefängnis oder sogar von der Zelle zu den Militärgerichten können Häftlinge willkürlich Leibesvisitationen unterzogen werden.

Während dieser Durchsuchungen berichteten viele der Inhaftierten von zahlreichen Fällen sexueller Belästigung durch die Besatzungssoldaten, sowohl verbaler als auch körperlicher Art. Sie bedrohten die Inhaftierten verbal mit Vergewaltigung gegen sie oder gegen ihre Familienangehörigen, um die Inhaftierten zur Befolgung ihrer Befehle zu bringen. Dies geschieht am häufigsten bei Razzien in den Häusern der zu Inhaftierten. Um sie zur Kooperation zu bewegen, drohen sie mit sexueller Gewalt gegen sie selbst oder ihre Familienangehörigen. Natürlich gibt es schon seit Jahren viele Fälle sexueller Gewalt gegen Inhaftierte, aber gerade nach dem 7. Oktober hat die Zahl der Fälle zugenommen. Viele der Aussagen der Inhaftierten berichten von sexueller Gewalt, die gegen sie verübt wurde.

Insbesondere bei den Häftlingen aus Gaza gab es den Fall aus dem Video, das im Juni oder Juli 2024 geleakt wurde und in dem ein Häftling in Sde Teiman von den Soldaten vergewaltigt wurde. Dies ist jedoch kein Einzelfall. Es gibt viele Fälle von Häftlingen, die von sehr ähnlichen Erfahrungen berichten, und viele von ihnen haben mehrfach gesagt, dass Soldaten sie mit Hilfe von jeglichen Gegenständen vergewaltigt haben.

TB: Im Hinblick auf internationale Solidarität frage ich mich, ob das Gefängnissystem, das die Grundlage vieler moderner Staaten bildet, nicht eine Möglichkeit ist, Menschen zu unterwerfen, die als minderwertig oder ausgegrenzt gelten, oder sogar ihre Arbeitskraft für andere Zwecke zu nutzen. Hat Ihre Organisation Verbindungen oder Kampagnen mit anderen NGOs aufgebaut, die sich nicht nur für die Rechte der Palästinenser einsetzen, sondern auch für die Rechte von Gefangenen in anderen Ländern? Sehen Sie den Wert dieser Verbindungen oder ist das nicht wirklich möglich?

JAH: Es gibt viele Ähnlichkeiten mit den Verstößen, die gegen Gefangene im Allgemeinen auf der ganzen Welt begangen werden, die in verschiedenen Gefängnissen festgehalten werden. Einer der häufigsten Vergleiche für Häftlinge in Palästina wäre das Gefangenlager Guantanamo Bay oder Abu Ghraib. Viele Verstöße sind sehr ähnlich, ebenso wie die Gewalt, die gegen die Häftlinge verübt wird.

Selbst in der heutigen Zeit werden Gefangene und Häftlinge wie Untermenschen behandelt, und zwar nicht nur durch körperliche Angriffe und Folter, sondern auch durch verbale Misshandlung und Folter. Es besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass Gefangene die Gewalt und das Gefühl, wie Untermenschen behandelt zu werden, nachvollziehen können. Das liegt an vielen Gründen, die die Besatzung mit vielen verschiedenen internationalen Staaten in den Praktiken, in denen ihre Streitkräfte ausgebildet werden, und dergleichen gemeinsam hat.

TB: Jenna Abu Hasna, es war toll, mit Ihnen zu sprechen. Ich denke, es ist wirklich wichtig, dass die Menschen über dieses Thema Bescheid wissen und darüber, wie die israelische Besatzung das Schicksal der palästinensischen Häftlinge und Gefangenen im Wesentlichen zu einer Waffe gemacht hat. Wir haben gesehen, dass vor kurzem einige Menschen im Rahmen von Gefangenenaustauschen freigelassen wurden, doch unmittelbar danach wurden viele Menschen im Westjordanland verhaftet. Das ist ein anhaltender Prozess, und ich denke, die Menschen müssen sich dessen bewusst sein. Vielen Dank für Ihre Zeit.

JAH: Vielen Dank. Ich danke Ihnen für die Einladung, Talia.

TB: Auf addameer.org erfahren Sie mehr über die Kampagnen dieser Menschenrechtsorganisation. A-D-D-A-M-E-E-R.org. Vielen Dank fürs Zuschauen.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:

Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:

E-Mail:
PayPal@acTVism.org
g

PATREON:

<https://www.patreon.com/acTVism>
m

BETTERPLACE:

Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org